

# FRITZ KLEIN

## Schicksalsjahr 1917: Wilson oder Lenin

### Weichenstellung der Weltgeschichte

Historiker der ehemaligen Bundesrepublik und der DDR waren sich selten einig in ihren Urteilen über allgemeine Fragen der Geschichte. Zu den wenigen Ausnahmen gehörte die Antwort auf die Frage, welches die Zäsur sei, mit der die Zeitgeschichte beginne, die jüngste, mit der Gegenwart unmittelbar verbundene Epoche der Geschichte. Auf beiden Seiten nannte man das Jahr 1917. Die Begründungen freilich waren verschieden. Wurde 1917 im Westen als Epochenjahr betrachtet, weil der Kriegseintritt der USA deren Eintritt in die europäische und Weltpolitik markierte, in der Amerika fortan eine maßgebliche, oft dominierende Rolle spielen sollte, so war 1917 für die Historiker der DDR das Jahr der Oktoberrevolution in Russland, Beginn der Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus, wie die Formel lautete.

Die jüngst erlebte neue Weltenwende hat die Formel obsolet gemacht. Sie zwingt zu neuem Nachdenken auch über Geschichte. Hat es überhaupt Sinn, so könnte man im Zuge solchen Nachdenkens sicher fragen, eine Betrachtung über das Jahr 1917 als Betrachtung einer Weltenwende anzustellen, deren Dramatik personifiziert ist durch die Alternative Wilson oder Lenin? Ich meine ja und will versuchen, einige Überlegungen dazu anzustellen.

Der Erste Weltkrieg – die Urkatastrophe der Jahrhunderts: die Formel George Kennans ist abgenutzt durch immerwährende Wiederholung. An sie sei gleichwohl erinnert, weil sie einfach richtig ist. Neuere Forschungen haben das traditionelle Bild von der überschäumenden Begeisterung relativiert, mit der sich 1914 die Jugend der kriegführenden Länder in das blutige Abenteuer stürzte, das die alte Welt so gründlich zerstören sollte. Dennoch ist festzuhalten, dass es diese Begeisterung in einem nie wiederholten, für den kritischen Betrachter im Nachhinein schwer verständlichen und immer wieder erklärungsbedürftigen Umfang gegeben hat. Sie hielt nicht lange an, wich zunehmender Ernüchterung im Jahre 1915 und schlug um im Laufe des Jahres 1916 in einen Zustand wachsender Kriegsmüdigkeit. In diesem Jahr traten Veränderungen im fortschreitenden Prozess der »Katastrophe« ein, die etwas genauer zu betrachten sind, will man die Vorgänge von 1917 vollständig verstehen.

So leicht und so schnell, wie man anfangs dachte, wird der Krieg nicht zu gewinnen sein. Diese Einsicht bestimmte das Denken der verantwortlichen Politiker und Militärs. Der verzweifelte Versuch beider Seiten, vor Verdun und an der Somme, das Patt des Schützengrabenkampfes mit gigantisch gesteigertem Einsatz an Waffen,

Fritz Klein – Jg. 1924,  
Prof. Dr. habil., Historiker,  
Arbeitsgebiete: Vorkriegs-  
imperialismus, Geschichte  
des Ersten Weltkrieges,  
Krieg-Frieden-Problematik,  
zuletzt in UTOPIE kreativ:  
Weltgeschichte im Revolu-  
tionsquadrat, Heft 33/34  
(Juli/August 1993)  
Foto: privat

Munition und Menschen zu überwinden, scheiterte in monatelanger, massenhafter Menschenschlächtereier von bisher nie gekannten Dimensionen. Sehr viel größere, viel tiefer in viele Bereiche des zivilen Lebens eingreifende Anstrengungen zur Ausbeutung auch der letzten Reserven an Menschenkraft und ökonomischen Ressourcen mussten überall unternommen werden. Der energischeren und rücksichtsloseren Bündelung aller Anstrengungen dienten Veränderungen in den Strukturen und der Zusammensetzung der obersten Führungspositionen.

Kabinettsumbildungen gab es in Großbritannien und Frankreich, am weitestgehenden in London, wo der »Knock-out«-Politiker Lloyd George Ministerpräsident wurde, während Briand in Paris nur einige Minister wechselte. In beiden Fällen charakteristisch: die Heranziehung von Politikern der Arbeiterpartei. Briand berief Albert Thomas zum Rüstungsminister, Lloyd George begann seine Tätigkeit als Ministerpräsident mit der Organisierung einer Konferenz mit Repräsentanten der zuvor schon im Kabinett vertretenen Labour-Partei, die der erheblichen Verstärkung der Unterstützung der Regierungspolitik galt. Auch in Russland wechselte, im Laufe des Jahres sogar zweimal, das Amt des Ministerpräsidenten. Zum Zuge aber kamen nicht Vertreter des »Progressiven Blocks«, einer Gruppe von reformorientierten, gemäßigt kritischen Politikern, deren Einfluss in der öffentlichen Meinung zunahm. Der Zar stützte sich auf Politiker einer harten, reaktionären Richtung. Die Ermordung Rasputins im Dezember: ein Menetekel der Agonie des herrschenden Systems. In Deutschland erhofften sich viele vom Wechsel in der Obersten Heeresleitung die notwendige Wende. Hindenburg und Ludendorff traten an deren Spitze und griffen energisch, vor allem Ludendorff, auch in viele Bereiche des wirtschaftlichen und politischen Lebens ein.

Unter dem Eindruck der wachsenden Schwierigkeiten der Kriegführung, sowie der zunehmenden Kriegsmüdigkeit unter den Soldaten an den Fronten und der Bevölkerung in den Heimatländern, wachsender Sorge auch vor sozialen Unruhen gewann die Frage der Beendigung des Krieges, der Möglichkeiten und Bedingungen eines Friedensschlusses im Jahre 1916 an Aktualität. Diese Tendenz fand ihren spektakulären Ausdruck in dem »Friedensangebot« der Mittelmächte vom 12. Dezember. Um den Gräueln des Krieges ein Ende zu machen, so ließen die Regierungen in Berlin und Wien die Kriegsgegner wissen, schlugen sie vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Initiator der Aktion war die Wiener Regierung, die die innere Situation der Doppelmonarchie wie auch die Aussichten für die Fortführung des Krieges überaus pessimistisch beurteilte. Auch sie aber, viel weniger die Verantwortlichen in Deutschland, war nicht bereit, auf Kriegsziele zu verzichten, die nicht bei Verhandlungen, sondern nur im Falle eines entscheidenden Sieges durchgesetzt werden konnten. Die prompte Ablehnung der Alliierten, die ihrerseits nicht bereit waren, sich auf einen Kompromissfrieden einzulassen, ersparte es den Mittelmächten, die Unvereinbarkeit von proklamierten und tatsächlich verfolgten Zielen zu offenbaren.

Nicht nur Kriegsmüdigkeit, aber und die wachsenden inneren Schwierigkeiten einer erfolgreichen Kriegführung ließen das Friedenthema stärker in den Vordergrund treten. Immer nachhaltiger

drängte die Politik eines am Krieg bisher nicht beteiligten großen Landes in diese Richtung, der Vereinigten Staaten von Amerika. Präsident der USA war seit 1913 der Demokrat Woodrow Wilson, geboren 1856 als Sohn eines Pfarrers, studierter Jurist, zunächst einige Jahre tätig als Rechtsanwalt, später Professor für Rechts- und Staatswissenschaften in Princeton, Präsident dieser Elite-Universität von 1902 bis 1910, Gouverneur von New Jersey 1911 bis 1913. Kritisch in mancher Hinsicht gegenüber dem Zustand der amerikanischen Gesellschaft, die es reformierend zu verbessern galt, hatte er sich schon als Universitätspräsident um Neuerungen im Hochschulwesen bemüht und seinen Ruf als Reformers in seiner Amtszeit als Gouverneur bekräftigt. »Wir werden restaurieren, nicht zerstören. Wir werden uns mit unserem Wirtschaftssystem auseinandersetzen, wie es ist und wie es verändert werden sollte, nicht so, als ob wir ein unbeschriebenes Blatt Papier zu beschreiben hätten« sagte er in seiner Antrittsrede am 4. März 1913.<sup>1</sup>

1 Zit. nach: Peter Schäfer:  
Die Präsidenten der USA im  
20. Jahrhundert, Berlin  
1990, S. 78.

Unter dem Slogan »New Freedom« führte er einige politische und soziale Reformen ein (Kontrolle der Wahlfinanzierung, Unfallversicherung, Regelung der Frauen- und Kinderarbeit), gefolgt in der Anfangszeit seiner Präsidentschaft von einer Reihe wirtschaftsregulierender Gesetze, die als eine Art von Vorläufer von Franklin D. Roosevelts »New Deal« zu sehen sind. Mehr Demokratie, Einschränkung der Macht der Trusts, soziale Reformen und eine Außenpolitik, die die Rechte anderer Völker achtete: so lauteten Eckpunkte seines Programms.

Am 4. August 1914 erklärte die Wilson-Regierung die Neutralität der USA. Wilson selbst war ohne Zweifel ein überzeugter Anhänger der Neutralität. Bemerkenswerte Äußerungen schon aus den ersten Monaten des Krieges zeigen ihn als Mann weitgehender Überlegungen über umwälzende Änderungen der internationalen Beziehungen in Richtung auf eine neue Weltordnung, auf die Schaffung von Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden. In der Nachkriegsordnung, die ihm vorschwebte, würde es keine Eroberungen mehr geben, sondern Gleichberechtigung der Nationen, nationalisierte Rüstungsindustrie und einen Völkerbund, eine *association of nations*, die die Macht haben würde, *wrongdoers* zu bestrafen. Diese Ordnung, so meinte er, werde aber nur zu erreichen sein, wenn ein Friede ohne Triumph und Bestrafung geschlossen würde, in dem nicht die eine Seite der anderen ihren Willen in einem ungerechten Frieden aufzwingen, der nur eine Einladung sein werde zu künftigen Verwicklungen.

Die in einer schier endlosen Literatur bis zum heutigen Tage kontrovers diskutierte Frage der Persönlichkeit Woodrow Wilsons, seiner Motive, seiner Ehrlichkeit oder Heuchelei oder gar Verlogenheit, ist hier nicht im Detail zu besprechen. Bei allem Streit aber ist doch wohl davon auszugehen, dass die skizzierten Vorstellungen Wilsons von einer neuen Weltordnung ernst gemeint waren. Er wollte, dass die Welt den Weg ging, den er hier vordachte, eine Tatsache, die dadurch nicht einfach aus der Welt geschafft wird, dass er die Verantwortung hatte für Haltungen und Aktionen der amerikanischen Politik, die mit so hehren Prinzipien kaum vereinbar waren – um es milde auszudrücken. So hinderte seine Abneigung gegen eine

schrakenlose Macht großer Wirtschaftsverbände ihn nicht, offen zu erklären, dem Industriellen, der darauf bestehe, dass ihm der Weltmarkt zur Verfügung steht, müsse die Fahne seines Landes folgen, und, so wörtlich, »wo es Länder mit verschlossenen Türen gibt, müssen diese eingeschlagen werden«. Wiederholte Interventionen amerikanischer Streitkräfte in verschiedenen Staaten Mittelamerikas in den ersten Jahren des Weltkriegs zeigten, dass dies keine leeren Worte waren.

Wilson verfolgte den Verlauf des europäischen Krieges mit größter Aufmerksamkeit. Wenige Tage nach Kriegsbeginn übergab Botschafter Gerard in Berlin eine persönliche Botschaft des amerikanischen Präsidenten an Kaiser Wilhelm II., in der er seine guten Dienste zur Friedensvermittlung anbot. Missionarischer Eifer des Mannes, der eine Chance sah, als *arbiter mundi* die Welt der von ihm angestrebten neuen Weltordnung entgegenzuführen, der Wunsch, seinem Land, den Vereinigten Staaten von Amerika, eine größere, führende Rolle in der Weltpolitik zu sichern, wie auch handfeste ökonomische Interessen, befürchteten die Amerikaner bei längerer Kriegsdauer doch erheblichen Schaden für ihren Welthandel: all diese Motive, in schwer zu bestimmender Mischung, lagen solchen Angeboten zu Grunde. Sie wurden in der Folgezeit immer wieder erneuert und an alle großen kriegführenden Staaten gerichtet. Deren Reaktion war ablehnend. Keine der beiden Seiten war bereit, auf Kriegsziele zu verzichten, die bei einem von dem Kompromissbefürworter Wilson vermittelten Frieden nicht durchsetzbar erschienen. Wir werden keinen Frieden schließen, ehe nicht Deutschland vollständig besiegt und der preußische Militarismus beseitigt ist, war die Begründung Lloyd Georges für seine Ablehnung der Friedensvermittlung Wilsons im Jahre 1916. Im gleichen Jahr wies Reichskanzler Bethmann Hollweg den deutschen Botschafter in Washington an, alles ihm Mögliche zu tun, um eine Friedensinitiative Wilsons zu verhindern, wären doch bei einem Wilson-Frieden die deutschen Ziele in Belgien nicht zu erreichen. Programmatisch hielt Wilson bis zur Jahreswende von 1916 auf 1917 an seiner bisher gezeigten Position fest. Mit der Devise »er hielt uns aus dem Krieg heraus« gewann er im November die Wahl zu einer zweiten Amtsperiode, ging im Dezember mit seiner Friedensinitiative, der Aufforderung an die Kriegführenden, ihm als Grundlage der Friedensvermittlung ihre Kriegsziele mitzuteilen, diplomatisch in die Offensive und hielt im Januar 1917 eine flammende Rede im Senat, für einen Frieden ohne Sieg, *Peace without Victory*.

In der Wirklichkeit des Kriegsjahres 1917 freilich gab es kaum eine Chance zur Realisierung der hochfliegenden Ziele des Präsidenten. Nicht nur, dass keine der kriegführenden Seiten bereit war, auf die Durchsetzung weitgehender Kriegsziele zu verzichten. Frieden ohne Sieg: Was sollte das heißen? Hatte man so riesige, schmerzliche Opfer gebracht, um schließlich ohne den geringsten Gewinn aus dem Kampf herauszuschleichen? Vor allem aber hatte sich die Stellung der USA zu den Kriegsparteien im Laufe des Krieges geändert. Von vornherein natürlich emotional und in grundlegenden politischen Auffassungen den demokratischeren Staaten der Entente näher als dem deutschen Obrigkeitsstaat, war Amerika immer deutlicher

an die Seite der Entente gerückt. In hohem Maße war dies eine Folge ökonomischer Bedingungen. Der amerikanische Warenexport nach Europa stieg – Folge des Krieges – von 1,5 Milliarden Dollar 1914 auf mehr als vier Milliarden 1917. Dieser Anstieg kam aber fast ausschließlich den Ententestaaten zugute, zu denen traditionell engere Handelsbeziehungen bestanden und die im Krieg durch die englische Seeblockade den Export nach Mitteleuropa faktisch unmöglich machten. 2,5 Milliarden Dollar private Anleihen gingen an die Ententestaaten, nur 45 Millionen nach Deutschland.

Der Druck einflussreicher Kreise in Politik und Wirtschaft, in den Krieg an der Seite der Entente einzutreten, verstärkte sich. Politische Sympathie für die westeuropäischen Demokratien, wirtschaftliche Bindungen, aber auch der Gedanke, die USA sollten die Gelegenheit nutzen, mit ihrer überlegenen Kraft entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung einer Nachkriegswelt zu nehmen, in denen sie und nicht mehr wie seit Jahrzehnten Großbritannien die führende Weltmacht sein würden, verliehen dieser Tendenz wachsenden Nachdruck. Hinzu kam die vor allem durch die nicht unbedeutlichen Erfolge der deutschen U-Boot-Kriegführung gegen England genährte Befürchtung, das kaiserliche Deutschland werde doch den Sieg über seine Gegner erringen.

Schon im Februar 1915 hatte der deutsche Admiralstab den uneingeschränkten U-Boot-Krieg erklärt, was bedeutete, dass hinfort in den Gewässern um England, Frankreich und im Mittelmeer deutsche U-Boote jedes Handelsschiff, welcher Flagge auch immer, warnungslos, ohne vorherige Untersuchung seiner Ladung torpedieren würden. Amerikanische Proteste gegen diese Art der Kriegführung, die den amerikanischen Handel schwer treffen musste, veranlassten die Zurücknahme der Drohung. In den folgenden Jahren wurde der U-Boot-Krieg in verschiedenen Formen eingeschränkt weitergeführt. Intern freilich führten die entscheidenden militärischen und politischen Instanzen des Kaiserreichs das ganze Jahr 1916 über einen erbitterten Streit über Chancen und Gefahren des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, mit dem Ergebnis, ihn zum 1. Februar 1917 erneut zu erklären. Anders, so fürchtete man angesichts zunehmender innerer Spannungen und der ausgebliebenen Erfolge vor Verdun und an der Somme, werde der Krieg nicht zu gewinnen sein. Vollmundige Versprechungen der Marineführung, dies Mittel werde es gestatten, England binnen sechs Monaten in die Knie zu zwingen, veranlassten die Verantwortlichen, die Gefahr des von Gegnern dieser Kriegführung für diesen Fall prognostizierten Kriegseintritts der USA gering zu schätzen. Die Antwort der Vereinigten Staaten war eindeutig. Dem sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland folgte am 6. April die Kriegserklärung. »Die Welt muss für die Demokratie sicher gemacht werden«, begründete Präsident Wilson die Entscheidung.<sup>2</sup>

2 Vgl. ebenda, S. 51.

Ein weltpolitisches Ereignis, das den immer noch nicht ganz leichten Entschluss zur Kriegsbeteiligung beförderte, war der Sturz des Zarismus in der russischen Februarrevolution. Die Macht in Petrograd ging über an eine von bürgerlichen Politikern der Duma gebildete Provisorische Regierung, neben der jedoch, zunehmend einflussreich, ein Sowjet der Arbeiterdeputierten agierte. Eine, wie wir

heute sagen würden, basisdemokratische Form revolutionärer Organisation war wieder belebt, die in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907 entstanden war. Mit dem Sturz des in den USA gründlich unpopulären autokratischen Zarismus entfiel nun ein erheblicher Schönheitsfleck auf der von dem Bündnis der Entente gegen die Mittelmächte in Anspruch genommenen demokratischen Mission. Zugleich rief das revolutionäre Ereignis im unberechenbaren Russland aber auch Befürchtungen vor einem Weitertreiben der Revolution wie auch vor einer Ausbreitung revolutionärer Bestrebungen über die Grenzen Russlands hinaus hervor. Niemand konnte wissen, wie weit die Dinge in den von sozialer Unruhe gezeichneten europäischen Ländern gehen würden. Die Demokratie zu fördern gegenüber den alten Kräften der Autokratie, sie aber auch zu sichern gegen revolutionäres Ausufernd nach links: mit diesem Ziel traten die Vereinigten Staaten in den Krieg ein, betraten sie direkt die Bühne der Weltpolitik.

Einen Monat nach der Abdankung des Zaren, zehn Tage nach der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland, erreichte der Führer der bolschewistischen Partei, Lenin, auf der Rückkehr aus dem Schweizer Exil die russische Hauptstadt Petrograd. Sein Wirken im Zentrum der russischen Revolution begann mit einem Paukenschlag. Die Szene ist oft beschrieben worden. Lenin, auf dem Bahnhofsvorplatz von seinen Anhängern in einer von der Petrograder Organisation der Bolschewiki wirkungsvoll inszenierten Kundgebung jubelnd begrüßt, betritt die früher der Zarenfamilie vorbehaltenen Empfangsräume. Dort erwartet ihn eine Delegation des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats. Deren Sprecher, der Menschewik Tscheidse, begrüßt Lenin feierlich und drückt seine Hoffnung auf eine Vereinigung aller demokratischen Kräfte zur Verteidigung der Revolution aus. Lenin aber ignoriert den Redner und dessen Rede, wendet sich brüsk ab von dem Begrüßungskomitee und beglückwünscht, als stünde er in einer Massenversammlung, die siegreiche russische Revolution, die lieben Genossen, Matrosen, Soldaten und Arbeiter, als die Avantgarde der proletarischen Armee der ganzen Welt. Die Stunde sei nicht mehr fern, da auf den Ruf unseres Genossen Karl Liebknecht die Völker ihre Waffen gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter wenden werden. Begonnen habe die Morgenröte der sozialistischen Weltrevolution. Wenn nicht heute, so doch morgen werde der europäische Imperialismus zusammenbrechen. Die russische Revolution habe diesen Zusammenbruch eingeleitet und eine neue Epoche eröffnet. Am gleichen Abend entwickelte Lenin dann in einer Versammlung der Bolschewiki sein Programm. Die Hauptpunkte: keinerlei Zugeständnisse an die »revolutionäre Vaterlandsverteidigung«, so lautete die Formel, mit der die Provisorische Regierung die Fortführung des Krieges begründete. Ohne den Sturz des Kapitals sei es unmöglich, den Krieg mit einem demokratischen Frieden, ohne Eroberungen, und nicht durch einen Gewaltfrieden zu beenden. Rascher Übergang zur nächsten Etappe der Revolution, der Übernahme der Macht durch das Proletariat und die ärmsten Schichten der Bauernschaft. Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung, Kampf um die Vergrößerung des zur Zeit sehr geringen bolschewistischen Einflusses in den So-

wjets gegen alle opportunistischen Elemente. Keine parlamentarische Republik, sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten im ganzen Land, von unten bis oben. Konfiszierung der Gutsbesitzerländereien. Nationalisierung des Bodens. Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion und ihrer Verteilung durch die Sowjets. Gründung einer neuen Internationale, gegen die Sozialchauvinisten und gegen das »Zentrum«.<sup>3</sup>

3 Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 3 ff.

Bei den russischen Sozialdemokraten, bis weit in die Reihen der Bolschewiki, stießen die Vorschläge Lenins auf scharfe Ablehnung, zumindest aber Unverständnis. »Unsinn eines Irren«, kommentierte ein führender Menschewik. Und selbst die bolschewistische Parteizeitung »Prawda« betonte, Lenin habe nicht im Namen der Partei gesprochen, deren Auffassungen mit den seinen nicht übereinstimmten. Der Kampf für die volle Herstellung bürgerlicher Verhältnisse, was in dem rückständigen Riesenreich nicht wenig Zeit in Anspruch nehmen würde, unerlässlich aber nach orthodoxem Marx-Verständnis von der Abfolge der Gesellschaftsformationen als Voraussetzung des Übergangs zum Sozialismus, war nach Meinung der großen Mehrheit der russischen Sozialdemokraten ihre nächste Aufgabe. Wer war dieser Mann, der da mit so arroganter Selbstsicherheit einen Führungsanspruch erhob, mit Thesen, die seine möglichen Mitstreiter nur vor den Kopf stoßen konnten?

Geboren 1870 als Sohn eines Schulinspektors in Simbirsk als Wladimir Iljitsch Uljanow – es ist nicht genau bekannt, wann und warum er das Pseudonym Lenin wählte, das er etwa seit 1910 benutzte –, studierte er Jura und arbeitete einige Jahre nach Abschluss seines Studiums als Rechtsanwalt. Kritisch gegenüber dem Zustand der Gesellschaft, die aber nicht reformierend zu verbessern, sondern seiner früh entwickelten Überzeugung nach revolutionär zu stürzen war, hatte er sich schon an der Universität an der revolutionären Studentenbewegung beteiligt, und, von der Universität Kasan relegiert, nur als Externer an der Petersburger Universität 1891 die staatlichen Prüfungen ablegen können.

In der revolutionären Bewegung Russlands dominierte in den achtziger und neunziger Jahren die Strömung der *Narodniki*, der *Volkstümmler*. Ihre Anhänger erstrebten die soziale Erneuerung der Gesellschaft, die Überwindung des auf die Gutsbesitzerklasse gestützten Zarismus durch die lebendigen Kräfte des Volkes selbst, insbesondere durch das Bauerntum. Ein Flügel der keineswegs homogenen Bewegung, die *Narodnaja Wolja*, der *Volkswille*, setzte auf den individuellen Terror gegen führende Repräsentanten des Systems. Zar Alexander II. fiel 1881 einem Attentat zum Opfer. Lenins Bruder Alexei wurde 1887 als Teilnehmer eines missglückten Bombenanschlags auf Alexander III. zum Tode verurteilt und hingerichtet. Lenin verwarf den individuellen Terror als untaugliches Mittel der revolutionären Veränderung und kritisierte die *Narodniki* wegen ihrer Orientierung auf die Bauernschaft und der Unterschätzung der Entwicklung von Kapitalismus und Arbeiterklasse als dem auch in Russland zukunftsbestimmenden gesellschaftlichen Gegensatz.

Vereinzelt entstanden in den achtziger und neunziger Jahren auch in Russland sozialdemokratische Zirkel, in denen die Schriften von Marx, Engels, Kautsky und anderen gelesen, ihre Ideen diskutiert

und eine oppositionelle Politik nach dem Vorbild der europäischen Arbeiterbewegung propagiert wurde. Lenin schloss sich diesem Teil der revolutionären Bewegung an und wurde bald einer ihrer namhaftesten Aktivisten. Verhaftet und zu drei Jahren Verbannung nach Sibirien verurteilt, emigrierte er nach Verbüßung dieser Strafe im Jahre 1900, lebte in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, kehrte in den Jahren der ersten russischen Revolution 1905 bis 1907 nach Russland zurück, emigrierte erneut und setzte im Ausland, vorwiegend in der Schweiz, sein Leben eines Berufsrevolutionärs fort bis zur endgültigen Rückkehr im April 1917.

In der um die Jahrhundertwende gegründeten sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands von Anbeginn auf dem linken Flügel, setzte er sich für die kompromisslose Orientierung auf den Sturz der herrschenden kapitalistischen Ordnung durch die sozialistische Revolution unter Führung des klassenbewussten Proletariats ein. In rigider Auslegung der einschlägigen Schriften von Marx und Engels stellte sich Lenin diese Revolution als eine internationale, eine Weltrevolution vor, deren Vorreiter die Arbeiter der kapitalistisch am weitesten entwickelten Länder sein müssten. Von einer Strömung der Bolschewiki begann man zu sprechen, seit Lenins Anhänger bei einer Abstimmung auf dem Londoner Parteitag im Jahre 1903 die Mehrheit, *bolschinstwo*, erreicht hatten, während seine Gegner, die weniger Radikalen, in der Minderheit, *menschinstwo*, blieben. Es war eine eher zufällige Entscheidung, die das tatsächliche zahlenmäßige Verhältnis der beiden Richtungen nicht widerspiegelte. Bis 1917 waren die Bolschewiki in der Partei eine Minderheit. Ohne dass die Partei sich formell spaltete, hatten sich die unterschiedlichen Strömungen bis zum Vorabend des Weltkrieges aber doch so gefestigt, dass sie zu dieser Zeit wie zwei getrennte Parteien agierten.

Einig seit ihrer Gründung in der Verurteilung des Krieges als einer Veranstaltung der herrschenden Klassen, waren die Parteien der Sozialistischen Internationale uneins über Mittel und Methoden dieses Kampfes. Lenins Position war auch in dieser Frage die der äußersten Radikalität. Sollte der Krieg zwischen den imperialistischen Mächten nicht zu verhindern sein, so sei es Pflicht der Arbeiterparteien, die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche und politische Krise zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen. So lautete die These, die auf Antrag Lenins, der von Rosa Luxemburg und dem russischen Menschewiken Martov in diesem Punkt unterstützt wurde, in eine Resolution auf dem Stuttgarter internationalen Sozialistenkongress 1907 aufgenommen wurde. Für Lenin war sein schroffer Auftritt im April 1917 nur eine logische Konsequenz dieser Forderung.

Der Krieg war für ihn eine quasi normale, unter bestimmten Umständen unvermeidliche Daseinsform der auf dem Privatbesitz an Produktionsmitteln beruhenden kapitalistischen Gesellschaft. »Der Krieg ist keine Sünde« – das Lenin-Wort war keine Beschönigung oder gar Befürwortung des Krieges. Es war Polemik gegen die in den eigenen Reihen, den Reihen der Gegner des Krieges, die nicht begriffen, dass ein dauerhafter Friede bei Fortexistenz der herrschenden Wirtschaftsordnung unmöglich ist. Ständiger Kampf um die Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen Mächte sei die un-



4 Ebenda, Bd. 22, S. 257.

5 Ebenda, S. 194.

vermeidliche Folge von zwei Umständen: der ungezügelten Profit-sucht der Kapitalisten und der aus den je unterschiedlichsten konkreten Umständen herrührenden Ungleichmäßigkeit der Entwicklung. Ob, so lautete Lenins zugespitzte Schlussfolgerung, die so entstehenden Machtverschiebungen »rein ökonomischer Natur oder außerökonomischer (z. B. militärischer) Art sind, ist eine nebensächliche Frage«. <sup>4</sup> »Solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, (sind) imperialistische Kriege absolut unvermeidlich«. <sup>5</sup> Ein Frieden ohne Annexionen und Kontributionen sei anzustreben, der aber zwischen kapitalistischen Regierungen unmöglich sei. Nur als Waffenstillstand, als Unterbrechung, als Vorbereitung zu neuem Völkermord könne ein Frieden gelten, den die kapitalistischen Staaten, wenn der Sozialismus nicht siegt, schließen würden.

Frieden ohne Annexionen und Kontributionen: das klingt nicht viel anders als Frieden ohne Sieg, die Formel Wilsons. Ein Sieg, so hatte Wilson seinen Traum erläutert, würde einen Frieden bedeuten, der dem Verlierer zu den Bedingungen des Siegers aufgezwungen werde. Er würde in Erniedrigung akzeptiert werden, unter Zwang, als ein unerträgliches Opfer und würde einen Stachel hinterlassen, ein Ressentiment, eine bittere Erinnerung, auf der der Friede nicht dauerhaft, sondern nur wie auf Treibsand ruhen würde. Zwei Pro-pheten waren das, einander bei aller Verschiedenheit des Vokabulars inhaltlich sehr ähnlich, und, wenn man will, gleichermaßen realistisch, denkt man an den Diktatfrieden von Versailles und seine verhängnisvolle Rolle beim Übergang vom ersten Völkermord des Jahrhunderts zum nächsten.

Illusionen lagen dem Programm beider Antipoden zu Grunde. Wie ernsthaft immer Wilson die Politik des Friedens ohne Sieg angestrebt hatte, – er verlor die ursprünglich angemäße Mittlerstellung in dem Moment des Kriegseintritts der USA. Er war nun Partei, Verbündeter von Staaten, die nicht daran dachten, auf einen Sieg zu verzichten, der nichts zu tun hatte mit seinen Idealen. Kräftig wuchs zudem in Amerika der Widerstand gegen die Politik des Präsidenten. Auf einer Welle chauvinistischer Kriegsbegeisterung, die den Feind, das kaiserliche Deutschland, als Wurzel allen Übels in der Welt malte, Gegner der Kriegsbeteiligung mit scharfen Strafen bedrohte und verfolgte, gewannen die republikanischen Gegner Wilsons, die seiner Reformpolitik immer ablehnend gegenüberstanden hatten, immer größeren Einfluss. Nicht ein Frieden ohne Sieg, sondern die bedingungslose Kapitulation der Deutschen, denen die Bedingungen des Friedens im zu erobernden Berlin diktiert werden müssten: diese Konzeption gewann immer größere Unterstützung. Die Demokraten erlitten erdrutschartige Verluste in den Kongresswahlen des Jahres 1918. Paradoxe Weise war die Zurückweisung des Zuges nach Berlin durch die Verbündeten England und Frankreich ein entscheidendes Hindernis für die Realisierung so uferloser Pläne. Sie setzten sich zwar für Friedensbedingungen ein, die den ursprünglichen Vorstellungen Wilsons diametral entgegenstanden.

Nach Jahren erbitterter, blutiger und erschöpfender Kämpfe aber, wie sie die Amerikaner nicht gekannt hatten, zogen die europäischen Alliierten es aber vor, ein Kriegsende anzusteuern, in dem sie ihre Ziele durchsetzen konnten, ohne ihren Völkern das militärisch und

sozial nicht unbeträchtliche Risiko eines Marsches auf Berlin zuzumuten.

Lenins große Illusion war die Idee der Weltrevolution. Auf eine geradezu fundamentalistische, jeden Zweifel ausschließende Weise war er überzeugt, dass die Geschichte den von Marx seinem Verständnis nach vorgezeichneten Weg gehen würde: Zuspitzung der Klassegegensätze in und zwischen den kapitalistischen Staaten, Zunahme von Ausbeutung und Unterdrückung bis zu einem Grade, dass die Proletarier der Welt den unerträglich gewordenen Zwang abwerfen und sich zur revolutionären Beseitigung des herrschenden Systems zusammenschließen würden. Der Krieg mit seinem Paroxysmus von Tod, Gewalt und äußerster Zuspitzung aller Übel der herrschenden Verhältnisse konnte nach dieser Meinung nichts anderes bewirken, als das vorausgesagte Ergebnis zu beschleunigen. Tatsächlich brach die Revolution aus – aber nicht, wie gedacht, in einem der entwickelten kapitalistischen Länder, sondern im rückständigen Russland.

Orthodoxe Marxisten wie Karl Kautsky begrüßten den revolutionären Sturz des Zarismus, den Beginn einer bürgerlich-demokratischen Entwicklung in Russland. Dass ausgerechnet in diesem Land aber der programmatisch von Sozialisten aller Richtungen erhoffte Übergang zu einer sozialistischen Umwälzung stattfinden könne, hielten sie für eine abenteuerliche Illusion. Lenin dachte anders. Dass das unentwickelte Russland Vorreiter der sozialistischen Revolution sein würde, war auch ihm grundsätzlich eine fremde Vorstellung. Nur der *Beginn* einer Reihe von Revolutionen, die unter den vom imperialistischen Krieg geschaffenen Bedingungen unvermeidlich ausbrechen würden, sei die russische Revolution. So hieß es in der Adresse an die Schweizer Arbeiter, die Lenin unmittelbar vor der Abreise seiner Gruppe nach Petrograd schrieb.<sup>6</sup> Vollkommen fern liege ihm und seinen Freunden der Gedanke, das russische Proletariat für das ausgewählte revolutionäre Proletariat unter den Arbeitern der anderen Länder zu halten. Nicht besondere Eigenschaften, sondern lediglich die besonderen geschichtlichen Bedingungen hätten das Proletariat Russlands für eine gewisse, vielleicht sehr kurze Zeit zum Vorkämpfer des revolutionären Proletariats der ganzen Welt gemacht. Mit seinen eigenen Kräften könne es den Sieg der sozialistischen Revolution nicht vollenden.

Zwei Dinge hinderten Lenin, aus so klarer Einschätzung der riesigen Schwierigkeiten für die russische Revolution vorsichtige, auf längerfristige Evolution zielende Schlussfolgerungen zu ziehen, ähnlich denen der Mehrheit der russischen Sozialisten im Frühjahr 1917: erstens der entschlossene Wille des pragmatischen Politikers zum rücksichtslosen Kampf für ein Weitertreiben der Revolution, gespeist aus der Zuversicht, dass die gesellschaftlichen Gegensätze sich weiter verschärfen würden, dass die einmal in Gang gekommene Bewegung sich weiter radikalieren werde. Schob er so die aus seinen theoretischen Überzeugungen eigentlich folgende Vorsicht beiseite, so gewann er zweitens paradoxerweise gerade aus dieser ganz dogmatisch aufgefassten Theorie die Ermutigung zum revolutionären Vorwärtsschreiten auf dem für eine sozialistische Umwälzung eigentlich so ungeeigneten Terrain. Die Aufgabe des re-

6 Ebenda, Bd. 23, S. 380 ff.

volutionären Proletariats Russlands, so verkündete Lenin in dem schon erwähnten Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter, bestünde darin, seinem, so wörtlich, »wichtigsten, seinem treuesten, seinem zuverlässigsten Bundesgenossen, dem europäischen und amerikanischen Proletariat« die Bedingungen zu erleichtern, unter denen dieser Bundesgenosse seine Kämpfe, die die entscheidenden sein würden, aufnehmen werde. Die besondere Hoffnung des weltrevolutionären Träumers richtete sich auf Deutschland. Dort, so meinte er in völliger Überschätzung gewisser Linkstendenzen, die 1916/17 in der Tat kräftiger hervortraten (Spartakus, USPD), brodele es schon in der proletarischen Masse. Die Zukunft des deutschen Sozialismus liege nicht bei Verrätern wie Scheidemann oder charakterlos Schwankenden wie Kautsky. Sie gehöre Spartakus und Liebknecht. Und dann, im Druck gesperrt: »Das deutsche Proletariat ist der treueste, zuverlässigste Verbündete der russischen und der internationalen Revolution.« Das waren keine Propagandafloskeln. Lenin sprach hier, das ließe sich zeigen an der Fortführung des Themas weit über den Sieg der Oktoberrevolution hinaus bis an sein Lebensende, eine tiefe Überzeugung aus. »Wir sind unbesiegbar, denn unbesiegbar ist die proletarische Weltrevolution« – so die letzten Worte einer Botschaft an die amerikanischen Arbeiter vom August 1918, Versicherung wie beschwörende Aufforderung, nun das Ihre zu tun, in einem. Er glaubte an die Weltrevolution – nicht ohne, wie es scheint, einen Anflug des Zweifels. Gerade die Häufung der starken Worte, der Superlative (wichtigster, zuverlässigster, treuester Verbündeter), die Bekräftigung der doch so überaus problematischen Aussage über das deutsche Proletariat mit dem ganz äußerlichen Mittel der Hervorhebung im Druck kann wohl verstanden werden als eine Andeutung, dass doch mehr Hoffnung als Sicherheit ausgedrückt wurde. Verzweifelt fast klang die düstere Prognose vom März 1918: »Wenn die deutsche Revolution nicht kommt, gehen wir unter«. Im Ganzen freilich ist unbestreitbar, dass Lenin, der ja sein ganzes Leben hindurch mit Arbeitern und Arbeiterleben kaum in Berührung kam, die soziale und politische Lage der geradezu religiös verklärten Klasse, der Arbeiterklasse im Kapitalismus, gründlich verkannte. Tatsachen wie die, dass selbst in Deutschland, dem Land mit der größten und erfolgreichsten Sozialdemokratie jener Zeit – sie stellte nach den Wahlen von 1912 die stärkste Fraktion im Reichstag –, die Mehrheit der Arbeiter nicht sozialdemokratisch wählte, und dass in der sozialdemokratischen Minderheit der deutschen Arbeiter die Linken wiederum eine Minderheit waren und blieben, hat er sich nie klargemacht und in ihren Konsequenzen nicht verstanden.

So phantastisch und fern der Realität die revolutionären Erwartungen Lenins waren, schlicht aus der Luft geholt waren sie natürlich nicht. Auch Lenin und die Bolschewiki standen ganz bewusst in der Tradition eines Jahrzehnte alten, weltweiten Kampfes sozialistischer Parteien, die ja nicht grundlos, gewiss mehr oder weniger radikal, in allen ihren Richtungen die herrschende Gesellschaft als eine Gesellschaft der Ausbeutung, der Benachteiligung der Armen und der Bevorzugung der Reichen, nicht zuletzt als eine Gesellschaft der Gewalt und der Kriege angeklagt und ihre Ersetzung durch eine

Gesellschaft der Gerechtigkeit, der Gleichheit und des Friedens gefordert hatten. Und nun war der seit langem befürchtete Krieg da und zeigte sich schlimmer, als je gedacht. Stimmen des Unmuts, ja der Verzweiflung, der zunehmenden Unzufriedenheit mit den Verhältnissen mehrten sich in allen kriegführenden Ländern, je länger der Krieg dauerte, je drückender Not und Elend wurden, je sinnloser die Menschenschlächtereien an den Fronten schien. Und für Russland traf kurzfristig die Prognose Lenins ja zu. Die revolutionäre Bewegung, die den Zaren vom Thron gestürzt hatte, ebte nicht ab. Sie radikalisierte sich in dem Maße, wie die durch diese Bewegung zur Macht gebrachten bürgerlichen und gemäßigt sozialistischen Kräfte nicht bereit waren, Schritte zur Beendigung des Krieges zu unternehmen und eine umfassende Agrarreform ins Werk zu setzen. Frieden und Land aber: das waren Forderungen, die immer größere Massen von Soldaten stellten, von Bauern, die die Herrschaft der Gutsbesitzer abschütteln wollten und vielerorts von sich aus begannen, die Ländereien der Gutsbesitzer in Besitz zu nehmen. Mit ihrer Entschlossenheit, den Krieg fortzusetzen, entsprach die Provisorische Regierung den ausdrücklichen Erwartungen der Verbündeten. Auch die Wilson-Regierung, die den Sturz des Zarismus feierlich begrüßte, teilte diese Erwartung. Die Kriegsentschlossenheit der neuen Regierung in Petrograd war ausschlaggebend für die Eile, mit der die amerikanische Diplomatie deren förmliche Anerkennung betrieb.

Nutznießler dieser Politik waren die Bolschewiki. Ihr Einfluss in den Sowjets der Arbeiter und Soldaten, zur Zeit von Lenins Ankunft nahezu marginal, stieg von Woche zu Woche. Ereignisse, wie die sinnlosen, opferreichen Offensiven der russischen Streitkräfte im Juni und Juli, die mit weiteren Rückzügen und erheblichem Terraingewinn der Mittelmächte endeten, die Niederschlagung der linken Massendemonstrationen im Juli mit dem anschließenden Verbot der Bolschewiki, das aber deren Anziehungskraft nur erhöhte, der konterrevolutionäre Putschversuch des Generals Kornilow im August, die immer weiter um sich greifenden Desertionen der Bauernsoldaten, die den Krieg satt hatten und in die heimatlichen Dörfer drängten, um dort an der Aufteilung des Gutsbesitzerlandes teilzunehmen, Hunger und Not in den Städten, Streiks, Rat- und faktische Machtlosigkeit der Regierung: mit dem plastischen Ausdruck einer »vulkanischen Eruption« hat der englische Historiker Eric Hobsbawm den Zustand Russlands im Herbst 1917 beschrieben. So wie bisher, das meinten immer mehr Menschen, könne es nicht weitergehen. Kein Zufall war es unter diesen Umständen, auch nicht abzutun als Putsch einer kleinen Schar von Verschwörern, dass diejenige Gruppe die Macht ergriff, die am besten organisiert war und die geschlossenste Vorstellung davon hatte, was jetzt zu tun war: Lenins Bolschewiki. Sofortiger Vorschlag eines demokratischen Friedens, Abschaffung des gutsherrlichen Grundeigentums, Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter, Einsetzung einer Sowjetregierung: die vier knappen Programmpunkte, mit denen das Militärkomitee des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats am 25. Oktober die Absetzung der Provisorischen Regierung und die Übernahme der Staatsgewalt verkündete, durften auf viel Zustimmung rechnen.

Schicksalsjahr 1917 – Weichenstellung der Weltgeschichte: Unter große Worte haben wir unseren Bericht über wichtige Vorgänge des Jahres 1917 gestellt. Was an diesen Vorgängen über den Tag hinaus bedeutsam war, in welcher Richtung Weichen gestellt wurden, sei abschließend kurz erörtert.

Kurzfristig wurde 1917 über wesentliche Aspekte der Beendigung des Krieges entschieden. Konnte man noch 1916 den Ausgang des Krieges für unsicher halten, so war es seit dem Anschluss der Vereinigten Staaten an das Lager der Entente nur noch eine Frage der Zeit, wann diese so außerordentlich verstärkte Partei den Krieg siegreich beenden würde. Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Brest-Litowsk im Frühjahr 1918, Ergebnis der Verhandlungen der Mittelmächte mit der Sowjetregierung, die begonnen hatten, seit diese ihre Ankündigung wahrgemacht und Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden angeboten hatte, schied eine der Großmächte aus dem Krieg aus, deren Interessen mitentscheidend gewesen waren für den Ausbruch des Krieges. Drastisch veränderte sich das internationale Kräfteverhältnis. Nirgends kam ein Frieden ohne Sieg, ohne Annexionen und Kontributionen, zustande. Der Krieg aber war zu Ende.

Für die Zeit vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch des sogenannten Realsozialismus in der Sowjetunion und den von ihr beherrschten Staaten, ist die prägende Bedeutung von 1917 unübersehbar. Da ist zunächst die Zeit von 1917 bis 1941, dem Jahr, in dem der Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion im Juni und die Kriegserklärung Hitlers an die USA im Dezember die erneute Niederlage Deutschlands vorherbestimmen – vergleichbar, wenn man will, dem Entschluss zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg 1917. Die maßlosen, die eigenen Kräfte irrational überschätzenden Kräfte des faschistischen Deutschlands wirken als Initialzündung für die Herstellung des besonderen, die Welt für Jahrzehnte dominierenden Verhältnisses der beiden Hauptakteure von 1917: der USA und der UdSSR. Verbunden seit der Oktoberrevolution durch ein Verhältnis besonders aggressiver Feindseligkeit, oft mit hysterisch diffamierender Kennzeichnung der jeweils anderen Seite, waren sie nun von dem beide bedrohenden Gegner in die Partnerschaft des Kampfes gegen ihn gezwungen. Die alle anderen Gefahren übersteigende Größe der von Deutschland ausgehenden Bedrohung veranlasste die USA wie die UdSSR zur äußersten Mobilisierung aller Kräfte, nicht zuletzt für die Entwicklung einer neuen, alle bisherigen Waffen an Vernichtungskraft übertreffenden Waffe, der Atombombe. Ihr Besitz garantierte die Ausnahmestellung der beiden Weltmächte in der Nachkriegsordnung. Partner zwischen 1941 und 1945, die auch in dieser Zeit nie vergaßen, dass sie Rivalen waren, Rivalen 1945 bis 1991, die ihre zeitweilige Partnerschaft nie völlig vergaßen, in aller Regel aber handelten, als habe es diese nie gegeben, agierten sie als Protagonisten der weltweiten Auseinandersetzung in dem durch die Oktoberrevolution 1917 geschaffenen Systemgegensatz.

Die Auseinandersetzung ist zu Ende. Was Lenin vor neunzig Jahren begann, ist gescheitert, und zwar im Wesentlichen an sich selbst. Geschaffen wurde nicht das versprochene Reich der Freien und Gleichen, sondern eine Gesellschaft der Reglementierung und des

Zwanges, die in dem Moment wie ein Kartenhaus zusammenfiel, in dem die herrschende Gewalt nicht mehr imstande, und auch nicht mehr willens war, den Willen der Mehrheit ihrer Bürger zu unterdrücken. Die immer wieder von nicht wenigen gehegten Hoffnungen auf Demokratisierung und Reform von innen schlugen fehl. Dies Scheitern sollte rückhaltlos auch anerkennen und zu verstehen versuchen, wer meint, den Aufbruch von 1917 nicht als fatalen Irrtum oder gar als Handstreich machtgieriger Gewalttäter aus der Geschichte nun aufatmend streichen zu können, wer den Versuch erklärbar findet, die so entsetzlich aus den Fugen geratene alte Welt auf ganz neue Bahnen zu führen, wer idealistische Intention ehrlicher Sozialisten, die von dem russischen Experiment vielerorts geweckten Hoffnungen auf eine bessere Welt nicht schlicht als törichte Selbsttäuschung oder Schlimmeres abtut, wer die heutzutage so wohlfeile Verteufelung von allem und jedem, was im Zeichen des Realsozialismus wo auch immer geschah, ablehnt und darauf besteht, dass es dort auch Vernünftiges, Menschliches und Bewahrenswertes gab. Überlegungen der hier angedeuteten Art können und sollen angestellt werden. Beachtung verdienen sie aber nur, wenn sie nicht dazu gebraucht werden, das grundsätzlich unerlässliche, klare Nein zu dem zu Recht untergegangenen Gesellschaftssystem zu zerreden.

Und Wilson? Mit der erklärten Absicht, die Welt sicher zu machen für die Demokratie, hatte er sein Land vor neunzig Jahren in den Krieg geführt. Kein Zweifel ist möglich am Ende dieses Jahrhunderts, dass die von Amerika und anderen großen und kleinen Staaten des Westens gelebte Demokratie sich überlegen erwiesen hat allen Formen autoritärer, diktatorischer, vormundschaftlich ausgerichteter Gesellschaftsgestaltung. Der Jubel freilich ist rasch verstummt, der das Ende der Geschichte verkündete, in dem Sinne, dass mit dem Untergang des Sozialismus das einzig wirkliche Hindernis menschlicher Fortentwicklung verschwunden, mit dem Sieg der parlamentarischen, marktwirtschaftlich organisierten Demokratie das Zeitalter gewiss nicht konfliktfreier, prinzipiell aber doch gesicherter Fortentwicklung der Menschheit angebrochen sei. »Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt«: das Diktum Erich Frieds bleibt drängende Mahnung. Das 1917 angestrebte Ziel, eine Welt des Friedens zu schaffen, ist auch heute nicht erreicht. Der Kampf gegen Krieg und Gewalt bleibt auf der Tagesordnung, in immer neuen, bedrohlicheren Dimensionen. Nicht die Sicherung von Demokratie, sondern die Ausbreitung und Festigung von Positionen wirtschaftlicher und politischer Vormachtstellung ist es, um die allzu oft tatsächlich, entgegen manch schöner Versicherung, gerungen wird. Schlecht steht es vielerorts um die Menschenrechte. Sie durchzusetzen ist – ein hoher Wert – erklärtes Ziel der Gesellschaft, in der wir leben, die freilich zugleich allzu oft meint, ökonomischen Mechanismen folgen zu müssen, die dieser Durchsetzung im Wege stehen.

Und schließlich noch ein Zitat, über das nachzudenken sich lohnt. »Auch wenn«, so hieß es in der *New York Times* vor einigen Jahren, »auch wenn das irdische Ideal des Sozialismus-Kommunismus zusammengebrochen ist, sind die Probleme geblieben, die zu lösen er angetreten war: die schamlose Ausnützung des sozialen Vorteils und die zügellose Macht des Geldes, die häufig den Gang der Dinge be-

7 Zit. nach: Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, München-Wien 1995, S. 688.

stimmen. Und falls die globale Lektion des 20. Jahrhunderts nicht wie eine heilsame Impfung wirkt, könnte sich der mächtige rote Wirbelsturm erneut zusammenbrauen«. <sup>7</sup> Alexander Solschenizyn, der diese Worte schrieb, ist über jeden Verdacht erhaben, den Wirbelsturm zurückzuwünschen. Er war ein untaugliches Mittel. Die globale Lektion aber, von der Solschenizyn spricht – hat er da nicht recht? Lenin ist gescheitert. Tag für Tag aber mehren sich weltweit die Zweifel, und mehr, an der Dauerhaftigkeit des Sieges seines Widersachers.